



## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **23. Sitzung (öffentlich)**

10. Mai 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:32 Uhr bis 16:22 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung 5**

Der Ausschuss folgt dem Wunsch von Susanne Schneider (FDP),  
TOP 3 heute nicht zu behandeln.

#### **1 Gesetz betreffend den weiteren Aufbau der Medizinischen Fakultät in Ostwestfalen-Lippe und zur Änderung weiterer hochschulgesetzlicher Vorschriften 6**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/4184

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Verfahrensabsprache im  
federführenden Ausschuss abzuwarten.

- 2 Fachkräfteoffensive – Herausforderungen des Fachkräftemangels im MINT-Bereich Potenzialen der akademischen Bildung begegnen 7**
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/1868
- Ausschussprotokoll 18/191 (Anhörung vom 15.03.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und FDP zu.
- 3 Die Situation von Endometriose-Betroffenen verbessern – Aufklärung, Versorgung und Forschung stärken 9**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1361
- Ausschussprotokoll 18/196
- abschließende Beratung und Abstimmung
- wird nicht behandelt
- 4 Zwischensprint nötig – Mehr Anstrengung im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung 10**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3655
- Anhörung  
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend  
Stellungnahme 18/511  
Stellungnahme 18/513  
Stellungnahme 18/519  
Stellungnahme 18/522 Neudruck  
Stellungnahme 18/523  
Stellungnahme 18/526  
Stellungnahme 18/527  
Stellungnahme 18/529

Stellungnahme 18/533  
Stellungnahme 18/536  
Stellungnahme 18/539  
Stellungnahme 18/546  
Stellungnahme 18/547  
Stellungnahme 18/551

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

**5 Die Gesundheitsversorgung von Familien sicherstellen! – Kuren für Familien, Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung in NRW retten!** **13**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1686

Ausschussprotokoll 18/203 (Anhörung vom 22.03.2023)

– Wortbeiträge

**6 Landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe starten – Zielgruppenorientierung verbessern!** **15**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4135

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Susanne Schneider (FDP), eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

**7 Finanzierung der Pflegeschulen NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **16**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1236 (nachträglich erschienen)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

**8 Verschiedenes** **20**

hier: **Sitzungstermine 2024** (*Tischvorlage s. Anlage 2*) **20**

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen die in der Tischvorlage festgehaltenen Sitzungstermine.

\* \* \*

## 5 Die Gesundheitsversorgung von Familien sicherstellen! – Kuren für Familien, Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung in NRW retten!

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1686

Ausschussprotokoll 18/203 (Anhörung vom 22.03.2023)

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 23.11.2023)*

Aus der Anhörung gehe erstens die hohe Bedeutung der Kurlandschaft in Nordrhein-Westfalen insbesondere für Familien und für Menschen in Erziehungs- bzw. Pflegeverantwortung hervor sowie zweitens, wie fragil die Landschaft aufgrund der aktuellen Situation sei, fasst **Thorsten Klute (SPD)** zusammen. Die Situation werde an der Aussage des Sachverständigen Andreas Frank im Rahmen der Anhörung deutlich:

„Ich fahre morgen an die Ostsee nach Großenbrode und schließe eine Klinik mit 100 Betten für Mutter, Vater, Kind und Kinder, die pflegebedürftig sind.“

Da wohl alle Interesse an einem Fortbestehen der Kurlandschaft hätten, appelliere er, dass nach Möglichkeiten zur Erhaltung derselben gesucht werde. Dies gelte insbesondere für die mit dem Antrag umfassten Kuren.

Die Berichte über die ausgesprochen langen Wartezeiten bei Rehas und Kuren hätten sie betroffen gemacht, bekundet **Susanne Schneider (FDP)**. Sie halte dies für einen unhaltbaren Zustand. In Anbetracht des Verweises auf die gestiegenen Energiekosten unterstreiche sie, dass Rehaeinrichtungen auf keinen Fall zu Häusern zweiter Klasse werden dürften.

**Markus Wagner (AfD)** erzählt von einem Fall, in dem ein Mann als Person in Pflegeverantwortung eine Kur nicht habe antreten können, weil er seine Frau zuhause gepflegt und keine Lösung für die Pflege während des Kuraufenthalts gefunden habe. Nach dem Tod seiner Frau sei ihm die Kur nicht mehr genehmigt worden. Zynischer könne man mit Menschen in Pflegeverantwortung nicht umgehen.

Obleich er sich also einem wichtigen Anliegen widme, enthalte der Antrag zwei Forderungen, die seine Fraktion nicht mittragen könne, und zwar werde erstens mehr staatliche Einflussnahme gefordert, zweitens solle das Land Leistungsträger der Krankenkassen zu Verhandlungen bewegen. Beide Forderungen halte er für systemfremd. Es gelte das Vereinbarungsprinzip, das den Parteien des Vergütungsvertrages grundsätzlich Entscheidungen ohne staatliche Einflussnahme gewähre. Eine Ausweitung der staatlichen Einflussnahme müsse sehr genau überlegt werden.

Direkte Unterstützung könne eine Hilfe bei der Finanzierung der exorbitant hohen Energiekosten und der durch die Inflation entstehenden Mehrkosten leisten.

Es bestehe ungebrochener Bedarf nach entsprechenden Kuren, was auch an den zu langen Wartelisten deutlich werde, erklärt **Daniel Hagemeier (CDU)**. Es bedürfe also Maßnahmen auf Landes- wie auf Bundesebene. Auch der Medizinische Dienst der Krankenkassen müsse mit in die Verantwortung genommen werden.

Aus der Anhörung gehe hervor, dass die Tagessätze nicht immer die Kosten deckten, was eine angespannte finanzielle Situation hervorrufe. Seit Längerem werde auf Bundesebene, wo die SPD-Fraktion den Gesundheitsminister stelle, eine Entlastung geplant.

Für positiv halte er, dass in Nordrhein-Westfalen Anstrengungen unternommen worden seien, um die Angebotsstruktur aufrecht zu erhalten und um Informationsmöglichkeiten zu schaffen.

Aus der Anhörung gehe erstens hervor, dass die Kureinrichtungen unter finanziellem Druck stünden, sowie zweitens, dass es aus Kostengründen und wegen fehlendem barrierefreiem Angebot keine Kuren für bestimmte Zielgruppen wie etwa Menschen mit Behinderung gebe, fasst **Dennis Sonne (GRÜNE)** zusammen.

Seitens des Bundes stehe seit Dezember 2022 ein Entlastungspaket für Krankenhäuser, Pflege- und Rehaeinrichtungen sowie Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Höhe von 1 Milliarde Euro zur Abmilderung der Auswirkungen der Energiekrise zur Verfügung. Trotzdem sei die Problematik, dass die Tagessätze teils die Kosten nicht deckten, nicht gelöst. Dem müsse sich jedoch auf Bundesebene gewidmet werden.